

Neubauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Aus Leben im Bild“ und „Aus Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köhleben.
Druck, Verlag und Vertriebsadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen stellen: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Hellmetall 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stabspostkassa Neuba — Bankverein Wern.

Nr 97

Sonnabend, den 17. August 1929

42. Jahrgang

Also doch Räumung! Die sogenannten Räumungsförmlichkeiten.

Paris, 15. August.
In der Unterhaltung zwischen England, Frankreich, Spanien und Dänemark über die Rheinlandräumung vertrat im Saal von französischer Seite, daß die Räumung der zweiten Zone zwei Monate, erforderlich werde.

Die Räumung der dritten Zone ergab ein viel umfangreicheres Problem, da es sich um die Unterbringung der ganzen Rheinarmee in Frankreich handelte. Man könne die wohlorganisierten Truppen nicht einfach auf verschiedene Garnisonen verteilen, sondern man müsse eine Armee schaffen, die die Hauptfunktion französischer darstelle und berufen sei, die Verteidigungsarmee für Frankreich zu werden. Das „Journal“ erinnert daran, daß der verlorene Marschall Joffe damit gegangenen sei, die Besetzung der drei Rheinlande zu fordern bis die Verteidigungsorganisation Frankreichs vollständig sei. Auf französischer Seite glaubt man dem „Journal“ zufolge,

nicht vor dem Mai 1930

mit der Räumung zu beginnen zu können. Der „Zeit“ schreibt, soweit man urteilen könne, sei es schwierig, für die zweite Zone, deren Belegung im Januar 1930 abläuft, den Beginn der Räumung über die Ratifizierung des Youngplans hinaus zu verschieben.

In der dritten Zone könnte die Räumung im Anschluß daran nach Zutreffen des Youngplans erfolgen, nach Maßgabe der vielen Probleme, die der Abtransport von Truppen mit sich bringt.

Loucheur gegen die englische These.

Der französische Wirtschaftsminister Loucheur hat in einer großen Rede vor dem französischen Parlament über den englischen Vorschlag berichtet. Er betonte, daß Frankreich soweit als möglich zu einem Entgegenkommen gegenüber England, insbesondere in der Frage der Wiedereinfuhr bereit sei. Loucheur ging dann des Näheren auf die Bedeutung des englischen Vorschlags ein und betonte, daß die französische Regierung bei der Wiedereinfuhr deutscher Sachlieferungen zu unterstützen. Loucheur betonte, er glaube nicht, daß Deutschland ein Memorandum in Anspruch nehmen werde. Aber wenigstens müsse man für diesen, wenn auch unwahrscheinlichen Fall, eine zentrale Kontrollorganisation schaffen, womit dem englischen Wunsch Rechnung getragen würde.

Loucheur ging hiermit auf die Bedeutung des Sachlieferungsplans in der allgemeinen Weltwirtschaft ein und betonte hierbei in längeren Ausführungen, daß die englische Arbeitslosigkeit nur zu einem Teil auf die Sachlieferungen zurückzuführen werden könne. Der Vorschlag, die französische Wirtschaft für 15 Milliarden Francen durch die Sachlieferungen in England jährlich 1,5 Milliarden Francen betrage.

Die Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft beruhen im wesentlichen darauf, daß die Kohlenproduktion nach dem Krieg außerordentlich zugenommen habe, während der Verbrauch kurz zurückgegangen sei und keine auf der Tatsache der Konkurrenz der Bereinigten Staaten.

Was die Kleinen zu sagen haben.

Der Finanzausschuß trat jedoch in eine allgemeine Aussprache ein. Der griechische Ministerpräsident Benizelos und der Vertreter von Portugal beklagten sich, daß nach den ihnen im Youngplan zugewiesenen Anteil an den deutschen Tributleistungen sie nicht einmal in der Lage wären, ihre eigenen Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern zu decken. Der Vertreter von Portugal verlangte ferner eine Berücksichtigung Portugals bei der Bildung des Präsidiums der internationalen Bank.

Benizelos betonte jedoch ausdrücklich, es dürfe keine Vereinbarung getroffen werden, die Deutschland höhere Leistungen als bisher zumute. Vereinbarungen die im Interesse der kleineren Staaten auf dem Rücken Deutschlands lasteten, seien in gleicher Weise grundmäßig abzulehnen. Die Aussprache wurde jedoch am Sonnabend vertagt.

Räumungsfachverständige an der Arbeit.

Im Haag sind die französischen und belgischen Militärfachverständigen, und zwar höhere Offiziere der beiden Generalstäbe zusammengetreten, um sich über die Räumungsförmlichkeiten der Räumung, Festsetzung des Anfangs und Enddatums zu beraten.

Sollte bis Sonnabend in den finanziellen Fragen tatsächlich eine Einigung erzielt werden, so würde dann am Sonnabend eine neue Ministerbesprechung der vier Belegungsämter stattfinden, auf der die englischen, französischen und belgischen Delegierten ihre Räumungsdaten bekanntgeben würden.

Belgien und Frankreich machen jedoch die Festsetzung des Termins ausschließlich von dem Ergebnis der finanziellen Verhandlungen abhängig.

Die Beratungen am Sonnabend werden jedenfalls nicht die entscheidenden Besprechungen dieser Konferenz sein. Eine Einigung in den finanziellen Fragen zwischen England und Frankreich wird aller Voraussicht nach nur folgende haben, daß in der nächsten Woche die großen politischen Fragen wieder entscheidend in den Vordergrund der Konferenz gerückt werden.

Druck auf die deutsche Regierung . . .

Es muß dank gemacht werden, daß im Falle einer französisch-englischen Einigung dann wahrscheinlich ein starker Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden wird, ihrerseits in den finanziellen und auch politischen Fragen wesentlich Zugeständnisse zu machen, die sowohl in der Richtung der Kontrollkommission im Rheinland als auch in einer Abänderung des ungeschätzten und geschätzten Teiles der deutschen Tributleistungen im Interesse der Gläubiger liegen dürfte.

. . . aber Deutschland bleibt fest.

Es ist vorherzusehen, daß dann von der Gegenseite das auf allen Konferenzen übliche Argument als Druckmittel auf Deutschland angewandt werden wird, im Interesse der europäischen Solidarität und des fortgeschrittenen Zeitpunktes der Verhandlungen müsse Deutschland seinerseits Opfer bringen. Der Standpunkt der Reichsregierung ist jedoch sowohl in der Frage der Rheinlandkommission, als auch in der Ablehnung jeder Abänderung des Youngplans zu Ungunsten Deutschlands unbügglich festgelegt.

Die Fragen des Finanzausschusses.

Die Beratungsverhandlungen zwischen den Alliierten in den finanziellen Fragen gehen ununterbrochen weiter fort. Es haben fortlaufende private Besprechungen zwischen den englischen, französischen und belgischen Finanzfachverständigen stattgefunden.

Der allgemeine Eindruck läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Engländer auf ihrer ersten Forderung, Einführung ihrer Jahresrate um zwei Millionen Pfund unverändert bestehen bleiben, aber zu Zugeständnissen in der zweiten Frage, der Verteilung zwischen den geschätzten und ungeschätzten Annuitäten bereit sind. In dem dritten Punkt der englischen Forderungen, der Regelung der Sachlieferungen, wird die Lage gleichfalls günstiger beurteilt, nachdem Curieux in seiner großen Rede im Finanzausschuß ausdrücklich ein grundsätzliches Entgegenkommen von deutscher Seite angedeutet hat.

Das Hauptbedenken Englands, die Wiedereinfuhr der deutschen Reparationsleistungen, besonders der Kohlenlieferungen, soll durch ein entsprechendes Verbot beseitigt werden. Die Aufbringung der von England mehr geforderten zwei Millionen Pfund jährlich wird jetzt wieder in der Weise gedacht, daß der noch unverteilte Betrag von 32 Millionen Mark aus dem ungeschätzten Teil der Tributleistungen England angesprochen werden soll und Frankreich (ebenso die kleineren Nationen, die ursprünglich diesen Betrag erhalten sollten, durch Zahlungen aus dem geschätzten Teil entlastet wird.

Ver Verschärfung der Krise.

Ein Brief Snowdens an den Finanzausschuß.

Im Haag, 16. August.
In den in diesen Tagen fortgesetzten Verhandlungen hinter den Kulissen ist eine neue Verschärfung eingetreten. Die verschiedenen Vorschläge, die von belgischer und französischer Seite der englischen Regierung gemacht worden sind, sind von dieser als völlig ungenügend bezeichnet worden. Es hat, wie verlautet, eine geheime Zusammenkunft zwischen der belgischen, französischen, italienischen und japanischen Abordnung stattgefunden, in der der Vorschlag gemacht worden sein soll, am Sonnabend die englische Regierung vor eine endgültige Entscheidung zu stellen. In informellen Kreisen verläuft sich der Eindruck, daß zunächst jedenfalls die bisherigen Vermittlungsversuche gescheitert sind und man vor einer ersten Lösung der Lage steht.

Das Scheitern der Konferenz hängt jedenfalls wieder, wie am ersten Tage, ausschließlich von der Möglichkeit ab, die Unmöglichkeit einer Einigung zwischen England und Frankreich ab. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die französische Regierung sich zu weiteren politischen Verhandlungen bereitfinden wird, falls die finanziellen Verhandlungen nicht zum Durchbruch kommen.

Sonabend hat als Führer der englischen Abordnung ein Schreiben an den Präsidenten des Finanzausschusses, den belgischen Finanzminister Houard, gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß sein Vorschlag mit den drei bekannten englischen Forderungen noch immer nicht erledigt worden sei. Snowdens Ziel fordert, daß in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am Sonnabend eine endgültige Stellungnahme zu den englischen Forderungen herbeigeführt werde. Das Schreiben Snowdens hat in französischen Kreisen große Begeisterung hervorgerufen, da man darin eine wenigstens teilweise Aufhebung der englischen Forderungen zu erkennen glaubt.

Keine amerikanische Vermittlung.

London, 16. August.
Eine Weigerung des amerikanischen Kanzlers Lamont, dem Ruf nach dem Haag zu folgen, wird als eine Unterfütterung des britischen Standpunktes ausgelegt. Das Schreiben an Lamont sei von französischer, belgischer und italienischer Seite ausgegangen und habe das ausgesprochene Ziel gehabt, dem amerikanischen Kanzler zu veranschaulichen.

Druck auf den englischen Schlichter auszuüben. Lamont sei nach eingehender Prüfung der Lage zu der Überzeugung gekommen, daß er in diesem Konflikt zwischen

den ausländischen Regierungen in seiner Eigenschaft als privater amerikanischer Staatsbürger nicht intervenieren könne. Er sei sich aber außerdem bewußt, daß

bedeutende Teile des Youngplans vom Weichen gehen in Washington und dem amerikanischen Schatzamt sehr günstig beurteilt würden. Die amerikanische Regierung soll nicht geneigt sein, auf der Saager Konferenz gegen Großbritannien aufzutreten, da Großbritannien als einziger der amerikanischen Schuldnerländer keinen Schuldenermäßigungen nachgelassen hat und insgesamt 76 v. H. aller Schuldverpflichtungen abdeckt gegen nur 50 bzw. 20 v. H. der anderen Alliierten. Unter diesen Umständen habe Lamont, ganz abgesehen von politischen Erwägungen, neben einem juristischen noch einen anderen Grund dafür gehabt, im Saag einzugreifen. Schatzkanzler Snowden soll jedoch Vorschlag ablehnen, der die kleineren alliierten Staaten wie Griechenland und Rumänien zum Opfer der Großmächten gemachten Zugeständnisse machen würde. (Hoffentlich zeigt er sich genau so ablehnend, wenn der Versuch gemacht werden sollte, diese Zugeständnisse auf Kosten Deutschlands zu erzielen.)

Wann verschwindet die Rheinlandkommission?

Haag, 16. August.
Der Befandgabe des französischen Exekutivrats für die Rheinlandräumung, die in der Rheinisch-berliner Konferenz von Frankreich für Sonnabend in Aussicht gegeben wurde, wird mit größter Spannung entgegengekauert. Es ist jedoch nach Lage der Sache Frankreich zuzutrauen, daß es einfach erklären wird, die Räumung der zweiten Zone erfolge auch bis drei Monate, die der dritten Zone drei bis fünf Monate nach der Ratifizierung des Youngplans. Es ungeschick ist noch, wenn die Rheinlandkommission aufgelöst wird und ihre Reste vertrieben, Erhebungen im Rheinland zu erlassen. Nach dieser Auffassung verliert die Rheinlandkommission ihre Aufhängigkeit mit dem Tage der Ratifizierung des Youngplans. Diese Auffassung dürfte noch auf starken Widerstand Frankreichs stoßen, das offenbar die beiden übrigen Belegungsämter Belgien und England dazu bewegen will, die Rheinlandkommission über diesen Zeitpunkt hinaus noch weiter aufrecht zu erhalten. Es muß dringend erwartet werden, daß die deutsche Wahrung vollständige Klarheit über diese Frage in den kommenden Verhandlungen schafft.

Wie lange noch Knetschkaft?

Saarbrücken, 14. August.
Eine von etwa 5000 Personen besagte Versammlung in der Stadt Metz hat freimütig folgende einstimmige Entschlossenheit geäußert, in der es unter anderem heißt:

„In unerhöhrlicher Treue haben wir nach wie vor vor fast zu unserem deutschen Vaterlande. Wie lange ist uns noch auszuhalten in Furchung eines fremden Herrschaft, die das menschliche und kulturelle Leben fortgesetzt zerstört und gefährdet? Die Reichsregierung bitten wir dringend, bei den Verhandlungen im Haag unsere berechtigten Forderungen nachdrücklich zu vertreten.“

Endlich aus der Haft entlassen.

Die Angeklagten der Reichswehrangelegenheiten waren unschuldig.

Frankfurt, 15. August.
Die Beamten und Offiziere der Reichswehrangelegenheiten in Mainz und Koblenz, die vor Monaten zunächst wegen Spionageverdachts und dann wegen eines angeblichen Diebstahls von Aktenstücken und Waffenteilen von den Franzosen in Haft genommen wurden, sind in aller Stille entlassen worden. Es handelt sich um insgesamt neun Personen.

Der Bantseame Griffl aus Düsseldorf wurde mit der Aufgabe entlassen, das besetzte Gebiet bis zum 28. August zu verlassen. Die Franzosen behaupten von ihm, daß er der Hauptagent einer Spionagezentrale sei. Die Freilassung erfolgte gegen die Freigabe von französischen im umbelegten Gebiet verhafteten Espionen. Aus dem Verlauf der Verurteilung konnte auf die Richtigkeit der gegen die Deutschen erhobenen Beschuldigungen nicht geschlossen werden.

Die polnisch-litauische Spannung.

Eine Bedrohung des Friedens im nahen Osten.

Romno, 15. August.
Je näher der Termin der Vollversammlung des Völkerbundes, um die Vertiefung des polnisch-litauischen Konfliktes erörtert. Es ist nicht gelungen, in der Zwischenzeit auch nur irgendeine Brücke zwischen Romno und Warschau zu schlagen. Der Streitfriede beim Völkerbund geht weiter. Die Polen behaupten die Distanz des Vertragsbruches und der Friedensverletzung. Und die Litauer behaupten, daß die Polen opportunistische litauische Organisationen unterfüttern. Man darf gespannt sein, ob der Völkerbund nun diesmal diesem Gift und Her ein Ende bereiten wird.

Man soll sich darüber nicht täuschen, daß die latente Spannung zwischen Polen und Litauen auf die Dauer eine ernste Bedrohung des Friedens im nahen Osten bedeutet. Und wenn hier nicht rechtzeitig, wenn es sein muß, ein Machtwort der Berühmung gesprochen wird, dann wird man vor Uebererfahrungen nicht sicher sein. So jedenfalls

geht es nicht weiter, daß an der polnisch-litauischen Grenze ständige Reibereien gebildet werden, die sich als eine Drangsalierung der Grenzbevölkerung erweisen und die den Keim zu einem typischen Grenzkonflikt legen müssen.

1931 Ende der spanischen Diktatur.

Primo de Rivera über die neue Verfassung.

Madrid, 15. August.

Das ABC veröffentlicht eine Unterredung mit dem General Primo de Rivera. Primo erklärte, er habe sein sorgfältiges Studium der neuen konstitutionellen Gesetzentwürfe beendet und werde sie dem Ministerrat vorlegen.

Die Nationalversammlung werde sobald die Erweiterung der neuen Verfassung bis zum Juli 1930 beenden. Dann werde in den kommenden zwei bis drei Monaten die Regierung ihnen die endgültige Form geben. Im Oktober oder November 1930 werde ein Volksentscheid über die neue Verfassung erfolgen. Man werde darauf gleichzeitig zu Stabs-, Provinz- und Landeswahlen streben. 1931 werde die Diktatur der Kammer ihre Rechte abtreten und dann endgültig beiseite rücken.

Primo erklärte zum Schluß, daß auch die Vorzensur in dem Augenblick abgelehnt werden würde, wenn die Regierung ausreichende Sicherheiten biete. Doch sei er der Auffassung, daß die Presse in gewisser Beziehung ein öffentliches Unternehmen sei, so daß der Staat niemals ganz auf die Kontrolle über die Presse verzichten dürfe. Der Regierung müßte stets ein gewisser Raum in den Zeitungen zur Berichtigung stehen, um gegen Angriffe der Presse, wenn sie es für nötig halte, antworten zu können.

Die Sozialisten lehnen die Mitarbeit ab.

Die sozialistische Partei hat ihr vollständiges Einverständnis mit den von der Arbeiterpartei bezüglich der Erweiterung der Nationalversammlung getroffenen Maßnahmen erklärt. Sie verweigert ihren Mitsprache, Mandate zur Nationalversammlung anzunehmen, und verzweigt ihre Mitarbeit an der zukünftigen Verfassung, da diese jeder republikanisch-demokratischen Form entspreche.

Russisch-sibirische Grenzzwischenfälle.

Die Sowjetregierung dementiert.

Moskau, 16. August.

Aus Moskau wird gemeldet, daß es in der Nähe von Mandschin erneut zu Zusammenstößen zwischen sibirischer und russischer Infanterie gekommen sei.

Die Mitteilungen über Grenzbegegnungen in größerem Umfang und ernste Kampfhandlungen sind dagegen mit Vorsicht aufzunehmen, da sich dafür nirgends eine Bestätigung finden läßt. Die kleinen Grenzinsidenzen bedeuten nicht, daß die allgemeinen Kriegsoperationen begonnen haben.

Die Gerüchte über die Eröffnung der Feindseligkeiten an der russisch-sibirischen Grenze durch deutsche Truppen werden am 15. in Moskau gestellt. Es handelt sich nur um die Verfolgung von Banden, die die Grenze wiederholt überschritten hätten. Die sibirischen Grenztruppen wurden von diesem Vorgehen russischerseits rechtzeitig in Kenntnis gesetzt.

Ein Vorschlag Zhangschiungliangs.

Peking, 16. August.

Von gut unterrichteter sibirischer Seite verläutet, daß Marschall Zhangschiungliang den russischen Behörden einen neuen Vorschlag zur Regelung des Streitfalles übermittelt habe. Danach soll die Sowjetregierung einen neuen Vermittler der Bahn ernennen. Die weiteren Streitfragen sollen in besonderen Verhandlungen erledigt werden. Es heißt, daß Zhangschiungliang gefordert von Kanting die Verhandlungen eingeleitet habe, was auf den Druck Japans zurückgeführt wird.

Aus dem In- und Auslande.

Weitere Besserung im Befinden des Reichstanzlers.

Berlin, 16. August. Im Befinden des Reichstanzlers ist eine weitere Besserung zu verzeichnen. Der Reichstanzler läßt sich bereits politische Vorträge halten. Staatssekretär Dr. Binder hat ihm einen Vortrag über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen im Haag gehalten. Dr. Binder ist beauftragt worden, der deutschen Abordnung, insbesondere dem Vizepräsidenten Dr. Stresemann, die besten Grüns und Wünsche des Reichstanzlers für die weitere schwere Arbeit zu übermitteln.

Neuwahl von Richtern für den Haager Schiedshof.

Paris, 15. August. Wie aus Genf berichtet wird, wird die Richterwahl zum Schiedshof des Völkerbundes zwei neue Kandidaten für den Internationalen Haager Gerichtshof zu wählen haben. Unter den 30 Kandidaten seien die beiden aussichtsreichsten der französische Promagot und der Engländer Cecil Hurst, von denen ersterer mit 20, letzterer mit 21 Stimmen vorgeschlagen worden sei.

Regierungsstreike in Portugal.

Lissabon, 16. August. Der portugiesische Außenminister Trindade Coelho, der erst vor kurzem sein Amt angetreten hatte, ist juristisch Coelho hatte angekündigt, er wolle in Portugal eine Diktatur nach italienischem Muster etablieren. Man nimmt an, daß sein plötzlicher Rücktritt noch weitere Folgen haben wird.

Uebereinkommen über die Flottenbeschränkung.

Newport, 16. August. In den amerikanisch-englischen Flottenabstimmungsbesprechungen soll ein vorläufiges Uebereinkommen über folgende Punkte erzielt worden sein: Nach einer Konferenz im Dezember soll im Jahre 1930 eine allgemeine Konferenz der Seemächte über die Flottenabstimmungsfrage einberufen werden. Das Kreuzerbauprogramm soll restlos durchgeführt werden, um die Parität mit England herzustellen. Es wurde auch Uebereinkommen erzielt über den sogenannten Maßstab zur Festlegung des Schiffgewichteswertes.

Zeppelins Asienflug.

Das Luftschiff wird überall mit ungeheurer Jubel begrüßt. Ohne das Fagot der früheren Fahrten des deutschen Luftschiffes „Graf Zeppelin“ gegenwärtig zu schmälern, darf man feststellen, daß noch niemals die Begrüßung so unge-

heuerlich gewesen ist wie gerade jetzt, da sich der Luftreise auf der zweiten Etappe seiner Weltfahrt, auf dem „Sprung über Asien“ befindet. Man weiß zu gut, wie die glückliche Beendigung des gewaltigen Unternehmens zu bewerten ist. Diese Etappe ist zweifellos die schwerste des ganzen Weltfluges, denn sie führt über meiste Strecken die bisher noch völlig unerforschten, ja teilweise unerforscht sind und in denen die Notwendigkeit einer Zwischenlandung zu den schwierigsten Komplikationen führen könnte. An eine solche Möglichkeit denkt man allerdings nicht, sondern hofft zuversichtlich, die Strecke, die mit dem Eisenbahn 16 Tage dauert, in nicht viel mehr als 100 Stunden überwinden zu können. Die Bedeutung des Luftschiffvorstoßes nach Japan liegt auf der Hand.

100 000 Menschen am Startplatz.

Beim diesmaligen Start hatte Friedrichshafen noch seinen ganz eigenen Charakter. Der Zustrom von Fremden und Eisenbahnzügen nach dem Startplatz war so groß, daß man von einem Nordstich sprechen konnte. Schon tags zuvor, um 10 Uhr abends, stauten sich Hunderte von Kraftwagen auf den Straßen längs des Werftgeländes, und die ganze Nacht hindurch lärmte es von Kraftwagen und Omnibussen, die Tausende von Menschen herbeiführten. Die ganze Seebesiedlung und die der näheren und weiteren Umgebung war auf den Beinen. Schulen marschierten die ganze Nacht hindurch geschlossen an.

Die Zahl der Zuschauer, die den ganzen Werftplatz in dicht gedrängten Scharen schon vor dem Start umfanden, wird auf 100 000 geschätzt. Das große Volkswirtschaftsgebot hatte große Mühe, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Sieben Flugzeuge geben das Geleit.

Zeppelins Besuch in der Reichshauptstadt. Bereits sechs Stunden nach dem um 4.35 Uhr morgens erfolgten Start war das Luftschiff über der Reichshauptstadt eingetroffen. „Graf Zeppelin“ hatte den Weg über Nürnberg, Bayreuth, Hof, Weim, Leipzig, Mittelsdorf, Paderborn und Hildesheim genommen. Um 10.35 Uhr landete der Luftreiter in voller Breite in der Gegend des langsten Verkehrsstrahmens Potsdamer Platz auf. Alle Dächer in Berlin waren mit ungeheuren Menschenmengen besetzt, die aus den Büros und den Wohnungen, den Arbeitsstätten gestromt waren, dicht gedrängt auf den Kampfplatz drängten. In der Luft waren sieben Flugzeuge aufgesessen, die das Luftschiff umflogen und ihm ein Stück Weges das Geleit gaben. Die Flughöhe des „Graf Zeppelin“ über Berlin betrug etwa 200 Meter, die Geschwindigkeit zwischen 70 und 80 Kilometern. Auf seiner Schließfahrt über Berlin bedauerte er in erster Linie das Zeitmanagement und die Regierungsgebäude und warf zwei Worte ab. Am 12.10 Uhr war das Luftschiff bereits über Cottin eingetroffen.

Um 14.55 Uhr erließ das Luftschiff über Danzig, wo ihm gleichfalls ein überaus herzlicher Empfang bereitet wurde. Mehrere Flugzeuge flogen zur Begrüßung und Begleitung auf. Das Luftschiff, das eine kurze Schleiße über der Stadt zog und mit der deutschen Flagge grüßte, entschwand am 15. Uhr in Richtung Königsberg.

Dr. Edener ist zuversichtlich.

Wie Dr. Edener vor der Abfahrt erklärte, hängt der Fahrten des „Graf Zeppelin“ naturgemäß zunächst von der Wetterlage ab. Für den ersten Teil der Fahrt bis nach Kopenhagen hinein sind die Aussichten sehr günstig, und es ist bis dahin mit einem guten Schiedewind zu rechnen. Wie dann der weitere Weg ausfallen wird, ist noch nicht klar. Am Weißen Meer ist zurzeit eine kleine Detresse, die zünftig, süßlicher zu geben, als beabsichtigt war. Von der weiteren Entwicklung des Wetters wird also auch der Weg abhängen.

Wenn das Luftschiff die Höhe von 5000 m erreicht haben wird, wird es sich entscheiden, ob weiterhin der nördliche Weg über Sibirien oder der südliche Weg eingeschlagen werden wird. Nur bei ganz günstigem Wetter wird Dr. Edener den südlichen Weg über Straßburg und die Mandschurei wählen. Wahrscheinlicher ist, daß der Weg über Japan und das Ostindische Meer nach Sachalin eingeschlagen wird. Dr. Edener rechnet damit, daß er in Sibirien einige Stunden den Anflug sowohl an die europäischen als auch an die sibirischen Frontstationen wegen der großen Entfernung verlieren wird.



Projektierte Route nach Japan. Der Weg führt über die Nordpolregion.



Der zur Fahrt nach Tokio vorbereitete „Graf Zeppelin“ wird über einen Kriegesgefangenen-Friedhof in Sibirien dieser Franz abgewandert, den ihm die „Vereinigung ehemaliger Kriegesgefangener in Sibirien“ zu Breslau überbringt hat.

Die neuesten Nachrichten lauten, daß das Luftschiff „Graf Zeppelin“ widerig Winden welche die Fahrt über Ostasien angehen hat und etwa 300 Kilometer nordwestlich die russische Hauptstadt passiert habe.

Aus der Umgegend

Hebra, 17. August.

Sitzung der Stadtratsarbeiten am 15. August.

Anwesend sind sämtliche Stadtratsmitglieder, ebenso ist der Magistrat vollständig vertreten. Nach Eröffnung der Versammlung durch Stadtratsvorsitzenden Herr Dr. Müller wird der Schriftführer E. D. Reinhardt die Niederschrift über die vorige Sitzung, Einwendungen gegen die Fassung dieses Berichts werden nicht erhoben und es wird in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1: Kenntnisnahmen. Es wird der Versammlung Kenntnis gegeben von dem Abschluß eines Pachtvertrages mit der Dettler'schen Brauerei in Weiskirchen. Der Vertrag über die Bewirtschaftung der Wasserkraftwerke mit Wäderei mit dem bisherigen Geschäftsführer Herr Dr. Müller ist vorzeitig aufgelöst und die genannte Brauerei hat sich bereit erklärt, in den Vertrag zu den gleichen Bedingungen wie bisher einzutreten, wenn der Zeitraum des Vertrages auf weitere 3 Jahre (bis 1936) verlängert wird. Die Versammlung stimmt diesem Abkommen zu.

Eine Prüfung der städtischen Gärten hat stattgefunden. Die Prüfungskommission hat die Geschäftsführung und Gartenbesitzer in besser Ordnung gefunden. Punkt 2: Errichtung eines Wohnhauses und Anbringung von Kellerverbindungen im Wohnhausbauverträge eine längere Aussprache. Schließlich wurde beschlossen — zumal Gebühre für 3. nicht verfügbar sind — den Bau zurückzuführen, bis die Verhandlungen mit der Baufirma Hoff wegen Ueberstellung der Baugrunder für den Wohnhausbau zu Ende geführt sind. — Gegen wurden bei dem Punkt 3 geforderten Bauarbeiten im Rathausgrundstück zurückgestellt, bis der oberirdische Giebel feststeht. — Punkt 4: Der Zusammenhang der Klosettanlagen im Rathausgrundstück wird ausgemittelt. Klumpnermeister Zittmann fordert für die Arbeiten 70. — RM, ihm wird der Auftrag zugesprochen. — Punkt 5: Umlegung der Vernehmungssachen für das frühere Glöckchen Grundstück wurde nach dem Beschlusse des Magistrats beschlossen. Der der Stierler hat 40.10 RM zu zahlen. — Punkt 6: Vorstellung einer Bauaufsicht für den oberen Teil der Breiten Straße wird ebenfalls nach dem Beschlusse des Magistrats und der Baukommission erledigt. An diesem Beschlusse wird bekräftigt, die Bauaufsicht nicht nur für das zunächst in Betracht kommende Verbauliche Grundstück, sondern für den oberen Teil der Straße überhaupt festzusetzen. Landmesser Zimmer-Dauer fordert für diese Arbeit 80. — RM, von welcher Summe der Antragsteller ein Drittel betreffen soll. — Punkt 7 betrifft Festlegung der Schulgebäude für die gewerbliche Berufsschule. Die Kosten für die Berufsschule betragen 2262. — RM, wovon die Regierung 1200. —, die Stadt 532. — RM, beisteuert und der Rest von 530. — RM durch Schulgelber aufgebracht werden soll. Die Zahlung der Schulgebäude fällt den Arbeitgebern zur Last. — Bei Punkt 8: Beschlußfassung über Erstattung entgangener Arbeitslohn an Mitglieder des Magistrats, am Stadtratsrat und am Stadtratsrat, wurde die Berechtigung des Antrages anerkannt und auch im Sinne der Antragsteller beschlossen unter der Voraussetzung, daß die Stadtratsratsmitglieder in den Nebenstunden stattfinden und auch nur vorläufig entgangener Arbeitslohn erstattet werden soll. — Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die Aufbringung der Kosten für die Wiederherstellung des Wasserleitungsstranges. Die Aufwandskosten und teilweise Erneuerung der Rohre haben eine Ausgabe von 12737.17 M. verursacht, welcher Betrag durch eine mäßige Erhöhung des Wassergebühre angebracht werden soll. Es geht hier um den Beschluß des Magistrats vor, wonach die bisher in Geltung gewesene „Einheit“ von 1.20 M. auf 2. — M. pro Jahr erhöht werden soll. Außerdem werden neu in Berechnung kommen: 30 Einheiten für ein Auto, 10 Einheiten für ein Auto-Kloset, 10 Einheiten für eine Wannenabreinigung. Diese Erhöhung und Neuerungsausgaben wird eine jährliche Mehrumlage von etwa 3000. — M. erbringen, sobald in 4 Jahren die durch die Frostschäden verursachten Ausgaben gedeckt sein werden. — Nach anschließendem Wiederlesen eines Teiles der Stadtratsarbeiten, denen das zahlreiche anwesende Publikum beifällig zustimmte, wurde die Beschlusse des Magistrats angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag, eingereicht von einem Arbeitlosen, wurde dem Magistrat übermietet. In diesem Antrag stellen die Antragsteller das Gesuchen, den aus dem Erwerbslosentstand ausgehenden Erwerbslosen die mit dem Bezuge der Armenunterstützung verknüpften zwei Arbeitstage zu erlassen oder aber die Arbeitsleistung als Zuschuß zu der Unterstützung nach Art. 5 zu vergüten. — An die öffentliche Sitzung schloß sich nach Nennung des Saales noch eine geheime Besprechung.

— **Alle Neume!** Die Regelpostler finden in der „Burg“ heute Abend und am Sonntag Gelegenheit zu Großtaten. Es gilt für den Unzufriedenen eine Verbesserung zu gewinnen — fetter Döner! Wer möchte seiner Frau nicht gern einen solchen Küchensatz heimbringen?

— **Die Radfahrervereinigung** veranstaltet am Sonntag abend im „Schützenballe“ einen Ball, an dem teilnehmenden Fremden und Söhnen des Vereins weitgehende Gelegenheit geboten ist.

— **„Toms gefährlichstes Abenteuer“**, ein Film von ganz außerordentlich hoher Wertarbeit, gelangt am Sonntag (nachmittags und abends) in den Stadt-Kinoplätzen zur Vorführung. Ein weiterer Film: „Hoppla, wie fliegen“, mit allen Wunders, die noch etwas für Humor übrig haben, willkommen sein.

— **Neue Amtsbesetzung.** Nach einem Erlaß vom 10. Juli dieses Jahres hat den Beschäftigten Auftragsstellen tätigen Angestellten in Zukunft die Amtsbesetzung Auftragsangestellter. Die früheren Bestimmungen hinsichtlich der Auftragsstellen sind aufgehoben.

— **Der Autoverkehr** auf den Landstraßen hat durch die hochadeligen Entenwagen während der Ernteperiode nicht nur überhand zu nehmen und man darf wohl sagen, daß es jetzt gerade keine Lust sein mag, Chauffeur zu sein. Andererseits aber haben auch die Führer von Geschäften keine gute Position, denn fortwährend hupt hinter ihnen ein Auto und begehrt nach seinem Vorherrscher, das, so gut es geht, von den Wagenführern durch Einlegen nach der rechten Seite der Straße respektiert wird. Immer aber ist ein Entenwagen das ganz Rechtsfahren unmöglich, weil die Wäme an den Straßen mit ihren angestrichelten Ketten die dreigedankenen Führer nicht heranzulassen. Da ist es nun Sache der Autos wie der Entenwagenführer, daß wegen der Schwierigkeiten des anderen erkannt und sie sich in völliger Art zu bewegen. Die Autos werden sich schon damit abfinden müssen, bei der Beschaffung der Straßen mit Entenwagen etwas langsamer zu fahren, denn schließlich haben die

Neuer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 M.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Neuba.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Neuba.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Neuba Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restbetrag 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Sparbank Neuba — Bankverein Artern.

Nr 97

Sonnabend, den 17. August 1929

42. Jahrgang

Also doch Räumung! Die sogenannten Räumungsschwierigkeiten.

Paris, 15. August.
In der Unterhaltung zwischen Irland, Estreman, Symonds und Henderson über die Rheinandrängung verriet im Saag von französischer Seite, daß die Räumung der zweiten Zone rund zwei Monate erforderlich werde.

Die Räumung der dritten Zone ergebe ein viel umfangreicheres Problem, da es sich um die Unterbringung der ganzen Rheinarmee in Frankreich handle. Man könne die wohlorganisierten Truppen nicht einfach auf verschiedene Garnisonen verteilen, sondern man müsse eine Armee erhalten, die die Hauptverteidigung Frankreichs darstelle und bezugslos sei, die Verteidigungsarmee für Frankreich zu werden. Das „Journal“ erinnert daran, daß der verlorene Marichall noch soweit gegangen sei, die Belegung der drei Präsidentenposten zu fordern, bis die Verteidigungsorganisation Frankreichs vollständig sei. Auf französischer Seite glaubt man dem „Journal“ zufolge,

nicht vor dem Mai 1930

mit der Räumung beginnen zu können. Der „Zeit-Fotograf“ schreibt, soweit man urteilen könne, sei es schwierig, für die zweite Zone, deren Belegungszeit im Januar 1930 ablaufe, den Beginn der Räumung über die Räumung des Youngplans hinaus zu verschieben.

In der dritten Zone könnte die Räumung im Anschluß daran nach Zutritt der zweiten Zone erfolgen, nach Maßgabe der vielen Probleme, die der Abtransport von Truppen mit sich bringt.

Loucheur gegen die englische These.

Der französische Wirtschaftsminister Loucheur hat in einer großen Rede nochmals die französische Auffassung zu den englischen Wünschen dargelegt. Er betonte, daß Frankreich soweit als möglich zu einem Entgegenkommen gegenüber England, insbesondere in der Frage der Wiederausfuhr bereit sei. Loucheur ging dann des Näheren auf die Bedeutung des englischen Beauftragten Graham ein und betonte, daß die französische Regierung sei bereit, in Zukunft die Wiederausfuhr deutscher Sachlieferungen zu unterbinden. Loucheur betonte, er glaube nicht, daß Deutschland ein Memorandum in Anspruch nehmen werde. Aber wenigstens müsse man für die Zeit, wenn auch unwahrscheinlich, eine zentrale Kontrollorganisation schaffen, womit dem englischen Wunsch Rechnung getragen würde.

Loucheur ging hiermit auf die Bedeutung des Sachlieferungsplans in der allgemeinen Weltwirtschaft ein und betonte hierbei in längeren Ausführungen, daß die englische Arbeitslosigkeit nur zu einem Teil auf die Sachlieferungen zurückgeführt werden könne. Der Lohnausfall durch die englische Arbeitslosigkeit betrage 15 Milliarden französische Franken, während der Ausfall der Einnahmen durch die Sachlieferungen in England lediglich 1,5 Milliarden betrage.

Die Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft beruhen im wesentlichen darauf, daß die Kohlenproduktion nach dem Krieg außerordentlich zugenommen habe, während der Verbrauch stark zurückgegangen sei und ferner auf der Tatsache der Konkurrenz der Vereinigten Staaten.

Was die Reinen zu sagen haben.

Der Finanzausschuß trat jedoch in eine allgemeine Ausdrucksweise ein. Der griechische Ministerpräsident Benizelos und der Vertreter von Portugal betonten sich, daß nach den ihnen im Youngplan zugewiesenen Anteil an den deutschen Tributleistungen sie nicht einmal in der Lage wären, ihre eigenen Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern zu decken. Der Vertreter von Portugal verlangte ferner eine Berücksichtigung Portugals bei der Bildung des Präsidiums der internationalen Bank.

Benizelos betonte jedoch ausdrücklich, es dürfe keine Vereinbarung getroffen werden, die Deutschland höhere Leistungen als bisher zumute. Vereinbarungen, die im Interesse der kleineren Staaten auf dem Rücken Deutschlands lasteten, seien in gleicher Weise grundmäßig abzulehnen. Die Aussprache wurde jedoch am Sonnabend vertagt.

Räumungsschwierigkeiten an der Arbeit.

Im Saag sind die französischen und belgischen Militärattachés, und zwar höhere Offiziere der beiden Generalstäbe zusammengetreten, um auf Wunsch Benizelos die endgültige französische Stellungnahme über die technische Durchführbarkeit der Räumung, Festlegung des Anlaufes und Endtermins zu beraten.

Sollte bis Sonnabend in den finanziellen Fragen tatsächlich eine Einigung erzielt werden, so würde dann am Sonnabend eine neue Ministerbesprechung der vier Belegungsstaaten stattfinden, auf der die englischen, französischen und belgischen Delegierten ihre Räumungspläne darlegen würden.

Belgien und Frankreich machen jedoch die Festlegung des Termins ausschließlich von dem Ergebnis der finanziellen Verhandlungen abhängig. Die Beratungen vom Sonnabend werden jedenfalls nicht die entscheidenden Besprechungen dieser Konferenz sein. Eine Einigung in den finanziellen Fragen zwischen England und Frankreich wird aller Voraussicht nach zur Folge haben, daß in der nächsten Woche die großen politischen Fragen wieder entscheidend in den Vordergrund der Konferenz gerückt werden.



Ein farbige Gegenstande von deutscher Seite angefertigt hat.

Das Hauptbedingnis Englands, die Wiederausfuhr der deutschen Reparationsleistungen, besonders der Sachlieferungen, soll durch ein entsprechendes Verbot befristet werden. Die Ausfuhrung der von England mehr gezeigten zwei Millionen Pfund jährlich wird jetzt wieder in der Weise gedacht, daß der noch unverteilte Betrag von 32 Millionen Mark aus dem ungeschützten Teil der Zahlungen England zugeworfen werden soll und Frankreich (johann die kleinen Nationen, die ursprünglich diesen Betrag erhalten sollten, darf Zahlungen aus dem geschützten Teil entbehren).

Berschärfung der Krise.

Ein Brief Snowdens an den Finanzausschuß.

Haag, 16. August.
In den in diesen Tagen fortgesetzten Verhandlungen hinter den Kulissen ist eine neue Verschärfung eingetreten. Die verschiedenen Vorschläge, die von belgischer und französischer Seite der englischen Regierung gemacht worden sind, sind von dieser als völlig ungenügend bezeichnet worden. Es hat, wie verlautet, eine geheime Zusammenkunft zwischen der belgischen, französischen, italienischen und japanischen Abordnung stattgefunden, in der der Vorschlag gemacht worden ist, am Sonnabend die englische Regierung vor eine endgültige Entscheidung zu stellen. In informellen Kreisen verläuft die Meinung, daß zunächst jedenfalls die bisherigen Vermittlungsversuche gescheitert sind und man vor einer ersten Räumung der Lage steht.

Das Schicksal der Konferenz hängt jedenfalls wieder, wie am ersten Tage, ausschließlich von der Möglichkeit ab, eine endgültige Einigung zwischen England und Frankreich ab. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die französische Regierung sich zu weiteren politischen Verhandlungen bereitfinden wird, falls die finanziellen Verhandlungen nicht durchbrechen sollten.

Snowden hat als Führer der englischen Abordnung ein Schreiben an den Präsidenten des Finanzausschusses, den belgischen Finanzminister Houtard, geschrieben, in dem er darauf hinweist, daß sein Vorschlag mit den drei bekannten englischen Forderungen noch immer nicht erledigt worden sei. Snowdens Brief fordert, daß in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses am Sonnabend eine endgültige Stellungnahme zu den englischen Forderungen herbeigeführt werde. Das Schreiben Snowdens hat in französischen Kreisen große Bestürzung hervorgerufen, da man darin eine unentschiedene Aufrechterhaltung der englischen Forderungen zu erkennen glaubt.

Keine amerikanische Vermittlung.

London, 16. August.
Eine Weigerung des amerikanischen Botschafters Lamont, dem Ruf nach dem Saag zu folgen, wird als eine Unterstützung des britischen Standpunktes ausgelegt. Das Schreiben an Lamont sei von französischer, belgischer und italienischer Seite ausgegangen und habe das ausgeprobenste Ziel gehabt, dem amerikanischen Botschafter zu empfehlen, einen

Druck auf den englischen Botschafter auszuüben. Lamont sei nach eingehender Prüfung der Lage zu der Überzeugung gekommen, daß er in diesem Konflikt zwischen

den ausländischen Regierungen in seiner Eigenschaft als privater amerikanischer Staatsbürger nicht intervenieren könne. Er sei sich aber außerdem bewußt, daß

bedeutsame Teile des Youngplans vom Welgen Hause in Washington und dem amerikanischen Saagamt sehr günstig beurteilt würden. Die amerikanische Regierung ist nicht geneigt sein, auf der Saager Konferenz gegen Großbritannien aufzutreten, da Großbritannien als einziges der amerikanischen Schuldverschreibungen keine Schuldverschreibungen nachkommen sei und insgesamt 75 v. H. aller Schuldverschreibungen abdecke gegen nur 50 bzw. 20 v. H. der anderen Alliierten. Unter diesen Umständen habe Lamont, ganz abgesehen von politischen Erwägungen, weder einen juristischen noch einen anderen Grund dafür gehabt, im Saag einzutreten. Schlußfolgerung Snowden soll jeden Vorschlag ablehnen, der die kleineren alliierten Staaten wie Griechenland und Rumänien zum Opfer der Großmächten gemacht werden könnte. Hoffentlich zeigt er sich genau so ablehnend, wenn der Versuch gemacht werden sollte, diese Zugeständnisse auf Kosten Deutschlands zu erzielen.

Wann verschwindet die Rheinlandkommission?

Haag, 16. August.
Der Bekanntgabe des französischen Entschlusses für die Rheinlandräumung, die in der Viernächtebesprechung von Frankreich für Sonnabend in Aussicht gestellt worden ist, wird mit größter Spannung entgegengesehen. Es ist jedoch nach Lage der Sache Frankreich zutraulich, daß es einfach erklären wird, die Räumung der zweiten Zone erfolge zwei bis drei Monate, die der dritten Zone drei bis fünf Monate nach der Ratifizierung des Youngplans.

Ganz unklar ist es noch, wann die Rheinlandkommission aufgelöst wird und ihre Arbeit beendet. Schonungen im Rheinland zu erlassen. Nach deutscher Auffassung vertritt die Rheinlandkommission ihre Zuständigkeit mit dem Tage der Ratifizierung des Youngplans. Diese Auffassung dürfte noch auf starken Widerstand Frankreichs stoßen, das offenbar die beiden übrigen Belegungsstaaten Belgien und England dazu bewegen will, die Rheinlandkommission über diesen Zeitpunkt hinaus noch weiter aufrecht zu erhalten. Es muß dringend erwartet werden, daß die deutsche Wiederrichtung vollständige Klarheit über diese Frage in den kommenden Verhandlungen schafft.

Wie lange noch Reichsschatz?

Saarbrücken, 14. August.
Eine von etwa 5000 Personen besetzte Versammlung in der Stadt Metz unter freiem Himmel jagte einmütig eine Entschleunigung, in der es unter anderem heißt:

„In unerhöhllicher Treue sehen wir nach wie vor vor sich zu einem deutschen Vaterlande. Wie lange soll wir noch ausbleiben in Anwesenheit eines fremden Herrschaft, die das wirtschaftliche und kulturelle Leben fortgesetzt erschüttert und gefährdet? Die Reichsregierung bitten wir dringend, bei den Verhandlungen im Saag unsere berechtigten Forderungen nachdrücklich zu vertreten.“

Endlich aus der Haft entlassen.

Die Angehörigen der Reichswehrgeheimnisse waren ungeschuldet.

Frankfurt, 15. August.
Die Beamten und Offiziere der Reichswehrgeheimnisse in Mainz und Koblenz, die vor Monaten zunächst wegen Spionageverdachts und dann wegen eines angeblichen Diebstahls von Aktenstücken und Waffenteilen von den Franzosen in Haft genommen wurden, sind in aller Stille entlassen worden. Es handelt sich um insgesamt neun Personen.

Der Bauschaume Griffl aus Düsseldorf wurde mit der Aufgabe entlassen, das besetzte Gebiet bis zum 28. August zu verlassen. Die Franzosen behaupten von ihm, daß er der Hauptagent einer Spionagezentrale sei. Die Freilassung erfolgte gegen die Freigabe von französischen im unbesetzten Gebiet verhafteten Spionen. Aus dem Verlauf der Verurteilung konnte auf die Wichtigkeit der gegen die Deutschen erhobenen Beschuldigungen nicht geschlossen werden.

Die polnisch-litauische Spannung.

Eine Bedrohung des Friedens im nahen Osten.

Romno, 15. August.
Je näher der Termin der Vollversammlung des Völkerbundes, um 10. September wird die Vertiefung des polnisch-litauischen Konflikts erkennbar. Es ist nicht gelungen, in der Zwischenzeit auch nur irgendwelche Brücke zwischen Romno und Warschau zu schlagen. Der Notenkrieg beim Völkerbund geht weiter. Die Polen beschuldigen die Litauer des Vertragsbruchs und der Friedensverletzung. Und die Litauer behaupten, daß die Polen oppositionelle litauische Organisationen unterstützen. Man darf gespannt sein, ob der Völkerbund nun diesmal diesem Hin und Her ein Ende bereiten wird.

Man soll sich darüber nicht täuschen, daß die latente Spannung zwischen Polen und Litauen auf die Dauer eine ernste Bedrohung des Friedens im nahen Osten bedeutet. Und wenn hier nicht rechtzeitig, wenn es sein muß, ein Nachwort der Vermittlung gesprochen wird, dann wird man vor Übererregungen nicht sicher sein. So jedenfalls